

# Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VWIS)

Änderung vom ... (Entwurf vom 28.2.06)

---

Der Schweizerische Bundesrat  
verordnet:

I

Die Verordnung vom 27. Juni 2001<sup>1</sup> über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit wird wie folgt geändert:

## *Ingress*

gestützt auf die Artikel 5 Absatz 2, 11 Absatz 1, 17 Absatz 1, 24a, Absätze 7 und 8, 26 Absatz 3 sowie 30 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997<sup>2</sup> über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (Gesetz),

## *Art. 8 Abs. 1 Bst. f*

<sup>1</sup> Die Kantone und die in Artikel 13 des Gesetzes genannten Behörden und Amtsstellen erstatten dem DAP unaufgefordert Meldung über Informationen und Erkenntnisse in den folgenden Bereichen:

- f. Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen.

## *Art. 17a Sicherstellung, Einziehung und Vernichtung von Propagandamaterial*

<sup>1</sup> Die sicherstellende Behörde übermittelt das Propagandamaterial umgehend an den DAP und informiert diesen über die Umstände der Sicherstellung sowie über die beteiligten Personen und Firmen.

<sup>2</sup> Propagandamaterial wird eingezogen, wenn der Aufruf zur Gewalt hinreichend konkret und ernsthaft ist.

<sup>3</sup> Das eingezogene Material wird vernichtet, sofern es nicht zu Instruktionzwecken verwendet werden kann.

## *Gliederungstitel vor Artikel 21a*

SR .....

- <sup>1</sup> SR 120.2
- <sup>2</sup> SR 120

2005-.....

**Abschnitt 5a:  
Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen***Art. 21a      Gewalttätiges Verhalten*

<sup>1</sup> Gewalttätiges Verhalten und Gewalttätigkeiten liegen namentlich vor, wenn eine Person folgende Straftaten begangen oder dazu angestiftet hat:

- a. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben nach den Artikeln 111-113, 117, 122, 123, 125 Absatz 2, 129, 133, 134 des Strafgesetzbuches (StGB)<sup>3</sup>;
- b. Sachbeschädigungen nach Artikel 144 StGB;
- c. Nötigung nach Artikel 181 StGB;
- d. Brandstiftung nach Artikel 221 StGB;
- e. Verursachen einer Explosion nach Artikel 223 StGB;
- f. Landfriedensbruch nach Artikel 260 StGB;
- g. Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte nach Artikel 285 StGB.

<sup>2</sup> Als gewalttätiges Verhalten gilt ferner die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch das Mitführen oder Verwenden von Waffen, Sprengmitteln, Schiesspulver oder pyrotechnischen Gegenständen in Stadien oder Hallen.

*Art. 21b      Nachweis gewalttätigen Verhaltens*

<sup>1</sup> Als Nachweis für gewalttätiges Verhalten nach Artikel 21a gelten:

- a. entsprechende Gerichtsurteile oder polizeiliche Anzeigen;
- b. glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen der Polizei, des Sicherheitspersonals oder der Sportverbände und -vereine;
- c. Stadionverbote der Sportverbände oder -vereine,
- d. Meldungen einer zuständigen ausländischen Behörde.

<sup>2</sup> Aussagen nach Absatz 1 Buchstabe b sind schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen.

*Art. 21c      Rayonverbot*

<sup>1</sup> In der Verfügung über ein Rayonverbot sind die Geltungsdauer und der Geltungsbereich des Rayonverbots festzulegen. Der Verfügung ist ein Plan beizulegen, der die vom Verbot erfassten Orte und die zugehörigen Rayons genau bezeichnet.

<sup>3</sup> SR 311.0

<sup>2</sup> Wird das Verbot von der Behörde des Kantons verfügt, in dem die Gewalttätigkeit geschah, ist die zuständige Behörde des Wohnsitzkantons der betroffenen Person umgehend zu informieren.

<sup>3</sup> Für den Nachweis der Beteiligung an Gewalttätigkeiten gilt Artikel 21b.

*Art. 21d Rayons*

<sup>1</sup> Die Kantone melden dem DAP die Rayons auf ihrem Gebiet unter Beilage der entsprechenden Pläne. Der DAP bestimmt den Massstab.

<sup>2</sup> Der DAP erstellt eine Übersicht aller Rayons und aktualisiert diese auf Grund der Meldungen der Kantone.

*Art. 21e Ausreisebeschränkung*

<sup>1</sup> Der DAP ist zuständig für die Verfügung einer Ausreisebeschränkung. In der Verfügung sind die Dauer der Ausreisebeschränkung und die betroffenen Bestimmungsländer genau festzulegen.

<sup>2</sup> Eine Sportveranstaltung beginnt mit dem ersten damit zusammenhängenden offiziellen Akt und endet mit dem letzten damit zusammenhängenden offiziellen Akt.

<sup>3</sup> Dass eine Person sich anlässlich einer Sportveranstaltung in einem bestimmten Land an Gewalttätigkeiten beteiligen wird, ist namentlich anzunehmen, wenn diese Person:

- a. sich an Gewalttätigkeiten im Inland beteiligt hat;
- b. auf Grund von Informationen ausländischer Polizeistellen über die Beteiligung an Gewalttätigkeiten im Ausland bereits in HOOGAN (Art. 21h) registriert ist; oder
- c. Mitglied einer Fanorganisation ist, die schon mehrfach an Gewalttätigkeiten im In- oder Ausland beteiligt war.

<sup>4</sup> Zudem müssen Hinweise vorliegen, dass die Person oder die betreffende Fanorganisation beabsichtigt, zum Sportanlass im Ausland zu reisen.

<sup>5</sup> Konkrete und aktuelle Tatsachen, die eine Ausreisebeschränkung ohne vorangehendes Rayonverbot nach Artikel 24c Absatz 2 des Gesetzes zu begründen vermögen, liegen vor, wenn eine Person:

- a. nach Informationen ausländischer Polizeistellen im Ausland gewalttätig gewesen ist; und
- b. Mitglied einer Fanorganisation ist, die schon mehrfach an Gewalttätigkeiten im In- oder Ausland beteiligt war, und als gesichert erscheint, dass sie oder die Fanorganisation beabsichtigt, an einen bestimmten Sportanlass im Ausland zu reisen.

<sup>6</sup> Zusätzlich zur Ausschreibung in RIPOL (Art. 351<sup>bis</sup> StGB <sup>4</sup>) wird die verfügte Ausreisebeschränkung den Grenzbehörden sowie den Zoll- und Polizeibehörden im Ausland mitgeteilt.

*Art. 21f Meldeauflage*

<sup>1</sup> Dass eine Person sich durch andere Massnahmen als eine Meldeauflage nicht von Gewalttätigkeiten anlässlich von Sportveranstaltungen abhalten lässt (Artikel 24d Abs. 1 Bst. b des Gesetzes), ist namentlich anzunehmen, wenn:

- a. aufgrund von aktuellen Aussagen oder Handlungen der betreffenden Person behördlich bekannt ist, dass sie mildere Massnahmen umgehen würde; oder
- b. die betreffende Person aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse, wie Wohnlage oder Arbeitsplatz in unmittelbarer Umgebung eines Stadions, durch mildere Massnahmen nicht von künftigen Gewalttaten abgehalten werden kann.

<sup>2</sup> Kann sich die meldepflichtige Person aus wichtigen und belegbaren Gründen nicht nach Artikel 24d Absatz 2 des Gesetzes bei der zuständigen Stelle (Meldestelle) melden, so hat sie die Meldestelle unverzüglich und unter Bekanntgabe des Aufenthaltsortes zu informieren. Die zuständige Polizeibehörde überprüft den Aufenthaltsort und die Angaben der betreffenden Person.

<sup>3</sup> Die Meldestelle informiert die Behörde, die die Meldeauflage verfügt hat, unverzüglich über erfolgte oder ausgebliebene Meldungen.

*Art. 21g Polizeigewahrsam*

<sup>1</sup> Nationale Sportveranstaltungen nach Artikel 24e Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes sind Veranstaltungen, die von den nationalen Sportverbänden oder den nationalen Ligen organisiert werden, oder an denen Vereine dieser Organisationen beteiligt sind.

<sup>2</sup> Schwerwiegende Gewalttätigkeiten im Sinne von Artikel 24e Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes sind namentlich strafbare Handlungen nach Artikel 111 – 113, 122, 123 Ziff. 2, 129, 144 Absatz 3, 221, 223 oder nach Artikel 224 StGB<sup>5</sup>.

<sup>3</sup> Die zuständige Behörde am Wohnort der betreffenden Person bezeichnet die Polizeistelle, bei der sich die betreffende Person einzufinden hat und bestimmt den Beginn und die Dauer des Gewahrsams.

<sup>4</sup> Die Kantone bezeichnen die richterliche Instanz, die für die Überprüfung der Rechtmässigkeit des Polizeigewahrsams zuständig ist.

<sup>5</sup> In der Verfügung ist die betreffende Person auf ihr Recht, den Freiheitsentzug richterlich überprüfen zu lassen, hinzuweisen (Art. 24e Abs. 5 BWIS).

<sup>4</sup> SR 311.0

<sup>5</sup> SR 311.0

<sup>6</sup> Die für den Vollzug des Gewahrsams bezeichnete Polizeistelle benachrichtigt die verfügbare Behörde über die Durchführung des Gewahrsams. Bei Fernbleiben der betroffenen Person erfolgt die Benachrichtigung umgehend.

*Gliederungstitel vor Artikel 21h*

**Abschnitt 5b:  
Das elektronische Informationssystem über Personen, die sich  
anlässlich von Sportveranstaltungen gewalttätig verhalten haben  
(HOOGAN)**

*Art. 21h Zweck*

<sup>1</sup> Das elektronische Informationssystem HOOGAN dient der Erfassung von Personen, die sich anlässlich von Sportveranstaltungen gewalttätig verhalten haben und gegen die Massnahmen nach den Artikeln 24b – 24e des Gesetzes oder Stadionverbote verhängt worden sind.

<sup>2</sup> Im elektronischen Informationssystem HOOGAN werden zudem die von den Kantonen bestimmten Rayons erfasst.

*Art. 21i Zugang zum elektronischen Informationssystem HOOGAN*

<sup>1</sup> Das Departement regelt die Zugriffsberechtigungen der Dienststellen des Bundesamtes zum elektronischen Informationssystem HOOGAN. Über die individuellen Anträge entscheidet die Chefin oder der Chef DAP.

<sup>2</sup> Das Departement legt die Voraussetzungen für den Anschluss der Zollbehörden, der zuständigen kantonalen Organe und der Schweizerischen Zentralstelle Hooliganismus fest.

*Art. 21k Verwendung und Weitergabe der Daten durch Organisatoren von Sportveranstaltungen*

<sup>1</sup> Die in HOOGAN gespeicherten Daten dürfen von Organisatoren von Sportveranstaltungen nur mit Zustimmung der datenliefernden Behörde und nur zur Umsetzung von Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen an die Sicherheitsverantwortlichen dieser Veranstaltungen weitergegeben werden.

<sup>2</sup> Die Daten dürfen von den Sicherheitsverantwortlichen nur in Bezug auf die von der Behörde bezeichnete Sportveranstaltung bearbeitet werden. Die Daten dürfen in elektronischen Personenerkennungssystemen bearbeitet werden.

<sup>3</sup> Nach der Sportveranstaltung sind die Daten von den Sicherheitsverantwortlichen und gegebenenfalls von den Organisatoren der Sportveranstaltung umgehend zu vernichten. Die datenliefernde Behörde ist innert 24 Stunden über die Vernichtung zu unterrichten.

<sup>4</sup> Der DAP regelt die Verwendung und Bearbeitung der Daten durch die Organisationen von Sportveranstaltungen und deren Sicherheitsverantwortlichen im Bearbeitungsreglement.

*Art. 21l Weitergabe der Daten an ausländische Behörden*

<sup>1</sup> Der DAP und die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus können Personendaten an ausländische Zollbehörden und an diejenigen ausländischen Behörden weitergeben, die für die Sicherheit bei Sportveranstaltungen zuständig sind.

<sup>2</sup> Der DAP und die Schweizerische Zentralstelle Hooliganismus koordinieren die Weitergabe der Daten.

<sup>3</sup> Die Weitergabe an ausländische Behörden ist zu registrieren.

<sup>4</sup> Im Übrigen gilt für die Weitergabe der Daten Artikel 20 Absatz 4.

*Art. 21m Aufbewahrungsdauer und Löschung der Daten*

Die Personendaten werden drei Jahre nach Ablauf der zuletzt verfügbaren Massnahme, jedoch spätestens 10 Jahre nach deren Eintrag gelöscht.

*Art. 21n Organisatorische Bestimmungen*

Für die Gewährleistung der Datensicherheit gelten die Artikel 21-24 der Verordnung vom 30. November 2001 über das Staatsschutz-Informationssystem ISIS sinngemäss<sup>6</sup>.

*Art. 23a Übergangsbestimmungen*

<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung vom ... vorhandene Daten von Datensammlungen der Kantone oder der Sportverbände werden in das Informationssystem HOOGAN übernommen, sofern sie die Voraussetzungen nach Artikel 24a Absätze 1 und 2 des Gesetzes erfüllen.

<sup>2</sup> Die zuständige kantonale Behörde legt bis zum ... die Orte, an denen regelmässig grössere Sportveranstaltungen stattfinden, und die entsprechenden Rayons fest und teilt diese unter Beilage eines Plans dem DAP mit.

<sup>6</sup> SR 120.3

## II

Der Anhang 1 wird wie folgt geändert:

*Ziffer 6 Buchstabe a*

...

Sicherstellungen von Material, das zu Propagandazwecken dienen kann und dessen Inhalt konkret und ernsthaft zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen aufruft.

*Ziffer 9*

...

Sicherstellungen von Material, das zu Propagandazwecken dienen kann und dessen Inhalt konkret und ernsthaft zur Gewalttätigkeit gegen Menschen oder Sachen aufruft.

## III

Diese Änderung tritt am ... in Kraft.

Die Artikel 21c 21e und 21f gelten bis zum 31. Dezember 2009.

....

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Moritz Leuenberger

Die Bundeskanzlerin: Annemarie Huber-

Hotz